

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen die Reichszerstörung!

Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, geschlossen für Ordnung und Freiheit des Reiches einzutreten, wenn ihr von den rechtsradikalen Putschisten der Kampf aufgezwungen wird.

Den Kopf steckt in den Sand, wer nicht heute schon klar erkennt:

Die Putschisten wollen den Kampf!

Jedes Ausweichen wird der Reichsregierung als Schwäche gedeutet und fördert nur die Angriffslust der Reichsverderber.

Die werttätige Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte, stehen in erdrückender Mehrheit auf dem Boden der Verfassung. Sie stehen hinter denen, die den Willen haben, Deutschland vor der Herrschaft wüster Prätorianerhorden zu schützen.

Neben den Organen des Reiches werden die

Landesregierungen den Umsturz abzuwehren

haben. Auf ihren Ruf muß jeder, der die Freiheit liebt, jeder, der die Zukunft Deutschlands nicht zerschlagen lassen will, sich zur Verfügung stellen. Ein Heer von waffengeübten Republikanern wird aus dem Boden wachsen, sobald es gerufen wird. Bandenbildungen und Freikorpsformationen führen nicht zum Ziel. Nur in Angliederung an die Organe der staatlichen Gewalt kann und soll der Kampf um die Freiheit geführt werden.

Sozialdemokraten! Seid bereit, für die Erhaltung der deutschen Republik alles einzusetzen!

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ein Aufruf der Demokraten.

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt folgenden Aufruf:

Der Aufruf der Reichsregierung zeigt den Ernst der Lage. Gewissenlose Verächter bedrohen den inneren Frieden und die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände. Dadurch gefährden sie das letzte Gut, das uns der Versailles Vertrag gelassen hat: die deutsche Einheit.

Innere Unruhen und Bürgerkrieg würden mit eigener Notwendigkeit die Auflösung des Reiches herbeiführen.

Deutsche, Republikaner, Demokraten! Dieser Anschlag muß an dem unbeugsamen Willen der reichstreuen Bevölkerung scheitern. Bauern und Arbeiter, Angestellte, Beamte und alle Bürger! Sammet euch zum Schutze des Reiches! Sacht alle Meinungsverschiedenheiten, alle Versäumnisse ruhen und haltet euch um das Reich und seine Freiheit!

Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Aufrufes Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu verstärken, haben die waffengeübten Demokraten dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten. Werbt in unseren Reihen für diese Pflicht! Trefft die erforderlichen Vorbereitungen! Die deutsche Republik ist stark gegen die Reichszerstörer, wenn sie stark sein will, und auf ein mächtige Hilfe rechnen kann.

Deutsche Demokraten! Höchste Marinerbereitschaft für die Republik, Einheit und Freiheit des Reiches!

Die Deutsche Demokratische Partei.

Der Kampf um die Konferenz.

London, 6. November. (WTB.) „Times“ berichtet, daß die britische Regierung jetzt die Antworten von allen drei alliierten Mächten erhalten hat, denen sie einen Entwurf für die Einladung an die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an dem Untersuchungs-ausschuß für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands unterbreitet hat. Belgien und Italien haben beide dem britischen Entwurf zugestimmt. Die belgische Regierung schlägt eine geringfügige Veränderung vor, der die britische Regierung gern zustimmt, und gegen die die italienische Regierung ebenfalls keinen Einwand erhob. Es verläutet jedoch, daß die von Poincaré gemachten Änderungen die Reichweite der Untersuchung befristet, daß es eine Frage erster Erwägung für das britische Kabinett sein müsse, ob es der Mühe wert sei, mit dem Projekt fortzuführen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, im Lichte der augenblicklichen Übereinstimmung der Ansichten zwischen London, Rom und Brüssel werde der französische Versuch, im voraus die Reichweite einer Untersuchung zu umgrenzen, zum großen Teil erklärt durch die Furcht, daß, wenn dies der Reparationskommission selbst überlassen wird, Frankreich sich in einer Minderheit von einem gegen alle übrigen befindlich könnte.

Serbisches Ultimatum an Bulgarien.

Belgrad, 6. November. (TU.) Heute mittag überreichte der jugoslawische Gesandte in Sofia dem bulgarischen Außenminister eine Note, in welcher für die vor einigen Tagen erfolgte Ermordung eines Ministerpräsidenten der jugoslawischen diplomatischen Mission in Sofia

von der bulgarischen Regierung eine Entschuldigung und die Erklärung gefordert wird, daß sie den Vorfall bedauere, ferner eine Entschuldigung der bulgarischen Regierung gegenüber dem Vertreter des süslawischen Königreiches in Sofia, weiter eine persönliche Erklärung des Bedauerns seitens des bulgarischen Kriegsministers gegenüber dem jugoslawischen Militärattaché. Eine Abteilung von 250 bulgarischen Soldaten habe die Ehrenbezeugung vor der jugoslawischen Botschaft auf dem Gebäude der jugoslawischen Gesandtschaft in Sofia zu leisten. Weiter ist eine energische Untersuchung seitens der bulgarischen Behörden vorzunehmen und sind baldmöglichst die Verbrecher ausfindig zu machen und hiesig, sowie deren Mitschuldige strengstens zu bestrafen. Die materielle Entschädigung für die Verletzung der überfallenen Personen wird dem ständigen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet werden. Für die Durchführung der drei ersten Punkte wurde der bulgarischen Regierung eine Frist von 48 Stunden eingeräumt.

Gegen die Antisemiten!

Im Hinblick auf die gestrige Störung der öffentlichen Ordnung in Berlin, die vorwiegend antisemitischen Charakter trug, hat der Polizeipräsident von Berlin die für heute abend anberaumten drei Versammlungen des Deutschen Herold, einer deutschösterreichischen Organisation, verboten.

Börsenstimmung.

Gerüchte und Wahrheiten.

In der Börse herrschte heute eine außerordentlich pessimistische Auffassung der politischen und finanziellen Lage. Die Tatsache, daß das Ausland mehr und mehr Zahlungen in Papiermark ablehnt, daß auch im Inland die Verwirrung im Zahlungsverkehr erschreckend um sich greift, gab zu ernstesten Befürchtungen Anlaß. Die von wahren Kreisen erhobene Forderung, die deutschen Börsen bis zur Ausgabe der Rentenmark zu schließen und amtliche Notierungen erst wieder vorzunehmen, sobald diese in wertbeständigen Werten möglich sind, rief heute das Gerücht hervor, daß der Börsenvorstand in seiner heutigen Sitzung über die Schließung der Börse beraten habe. Der Börsenstand hat sich jedoch mit ganz anderen Dingen beschäftigt, die Schließung der Börse stand offiziell nicht zur Diskussion. Man befürchtet von einer solchen Maßnahme noch weitere Störungen im allgemeinen Geschäftsverkehr. Auch das Preussische Handelsministerium hat sich gegen eine Schließung ausgesprochen.

Immerhin bewirkte die Sorge vor innerpolitischen Ereignissen, daß am Effektenmarkt sich ein stärkeres Angebot zeigt. Auch die plötzlich eingetretene Verstärkung des Geldmarktes, die in Sägen für Tagesgeld von 6 Prozent zum Ausdruck kommt, hat die Verkaufsbewegung stark gefördert. Zu berücksichtigen ist, daß nach den gestrigen amtlichen Notierungen die Kurse der meisten Effekten in Gold umgerechnet außerordentlich hoch liegen. Hieran trägt natürlich die künstliche Niederhaltung des Dollarkurses die Schuld. Aber die'ses Mißverhältnis zwischen Devisen und Effektenkursen wirkt doch drückend auf die letzteren. Die heute genannten Kurse liegen größtenteils wesentlich unter den gestrigen amtlichen Notierungen.

Im Devisenverkehr setzte die Reichsbank die Kurse wieder auf der Höhe der gestrigen amtlichen Notierungen fest. Es wurden wiederum die wichtigsten Devisen nur dreiprozentig zugeteilt.

Reform und Abbau.

Von Dr. Carl Herz, Spandau.

Die demokratischen Fraktionen haben im Reichstag und Landtag Anträge eingebracht, die auf Vereinfachung der Verwaltung abzielen. Die Vereinfachung soll durch Zusammenlegung von Ministerien, Berringerung der Instanzen, Dezentralisierung und Erweiterung der Selbstverwaltung sowie durch Aufhebung veralteter Gesetze herbeigeführt werden. Diese Reformwünsche treffen die entscheidenden Gesichtspunkte und lassen Sachkunde und genaue Kenntnis des gegenwärtigen Zustandes der Verwaltung erkennen. Die Sozialdemokratische Partei wird an diesem Antrag nicht leichtsin vorübergehen dürfen. Vielmehr wird man nicht ohne Bedauern sagen müssen, daß die sonst nicht gerade lebenskräftige demokratische Partei hier die Initiative ergriffen hat in einer Frage, die zu lösen die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen wäre.

Gustav Schmoller, der als Geschichtsschreiber viel erträglicher ist wie als theoretischer Nationalökonom, spricht bei Schöberling der Straßburger Juristkämpfe des 14. Jahrhunderts von dem Fehler, „den wir in der Gegenwart so tausendfach begehen; man glaubte, daß eine veränderte Verfassung allein helfen könne, während zugleich der ganze Mechanismus der Verwaltung, die Gliederung des Beamtenwesens, ein anderer werden mußte“. Die Revolution hat wie alle Fehler einer unvollendeten Revolution so auch diesen Fehler begangen. Man schuf überall demokratische Verfassungen und ließ die reaktionären Verwaltungen unverändert weiterarbeiten. Der ganze Streit um Demokratie und Diktatur ging letzten Endes um das Problem, die breite Masse des Volkes zum unmittelbaren Träger der öffentlichen Verwaltung zu machen. Als die revolutionäre Flut abgeebbt war, stellte sich nun freilich gerade das entgegengesetzte Resultat heraus. Die alte Bureaucratie hatte sich im vollen Umfange behauptet. Ja noch mehr: Die Ironie der Geschichte, die nach dem viel zitierten Wort von Engels alles auf den Kopf stellt, hat die sozialdemokratischen Minister gezwungen, sich zur Erhaltung der schwer erschlitterten Staatseinheit und Staatsautorität auf diesem früher von ihnen auf Tod und Leben bekämpften Staatsapparat stützen. Daher schreibt sich zum nicht geringen Teil der kontervative Charakter unserer Verwaltungspolitik her, der namentlich dem vorurteillosen Ausländer bei Betrachtung deutscher Verhältnisse immer wieder auffällt. Die sozialdemokratischen Minister suchten überall die Staatsgewalt in ihrer Hand zu konzentrieren, um damit einen Damm gegen den Ansturm von links und rechts zu schaffen. Daraus ergab sich nun aber wieder eine Stärkung des Einflusses der alten, im Grunde antirepublikanischen Bureaucratie, die nun ihrerseits aktiv vorging, die vom Parlament erlassenen demokratischen und republikanischen Schutzgesetze sabotierte und vielfach den Süßpunkt für die Tätigkeit rechtsputschistischer Organisationen abgab. Die zentralistische Verwaltungspolitik der Nachkriegszeit vernichtete aber weiter den färglichen Rest der Selbstverwaltung und zerstörte damit unersehliche politische, kulturelle und finanzielle Werte. Es ist nachgerade ein Skandal geworden, mit welchen Lappalien man sich in den Ministerien beschäftigt; und ebenso skandalös ist die Benormung der Selbstverwaltung, die vielfach schlimmer ist als in der wilhelminischen Zeit. Die Folge ist, daß die Ministerien mit ihrem hochbesoldeten Beamtenpersonal sich zu riesigen Wasserlöchern auswachsen, daß dem Verwaltungsapparat jede Anpassungsfähigkeit an den schnellen Wandel der Verhältnisse abgeht und daß jener öde Formalismus und Leerlauf entsteht, der in ähnlicher Situation einem Freiherrn von Stein immer neue Worte der Entrüstung einflößt. Wenn man nicht den Kampf gegen diesen alles überwachenden zentralistischen Bureaucratismus aufnimmt, ist alle aufopferungsvolle Tätigkeit unserer Parlamentarier völlig nutzlos.

Hand in Hand mit der wachsenden Unproduktivität der Verwaltung ging aber als Folge der Zentralisationstendenz, die nicht nur im Reich, sondern in allen Ländern sich bemerkbar machte, eine ungeheure Personalvermehrung. Eine Verwaltungspolitik, die den örtlichen Instanzen jede Entscheidungsfreiheit nimmt und jede noch so geringfügige Angelegenheit durch alle Stufen bis zum Ministerium hinaufführt, beansprucht natürlich gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine erhebliche Personalvermehrung, besonders wenn man nach obendrein möglichst komplizierte Abrechnungs- und Kontrollsysteme schafft. Die Beamtenvermehrung haben daher grundsätzlich recht, wenn sie bei der Verhandlung über den Beamtenabbau erklärten, daß ein Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung erst dann vorgenommen werden könne, wenn durch organisatorische und gesetzgeberische Reformen die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Freilich werden wir namentlich in Preußen, nach der Probe, die wir mit dem Entwurf einer neuen Städteordnung jetzt erleben müssen, auf absehbare Zeit mit einer wirklich demokratischen und daher Kräfte ersparenden Verwaltungsreform nicht zu rechnen haben.

Immerhin wäre es natürlich falsch, auf jeden Beamtenabbau verzichten zu wollen. Selbst bei der heutigen Verwaltungsorganisation ist die Verschwendung mit Arbeitskräften im öffentlichen Dienst ungeheuer. Aus der idyllischen Periode der Vorkriegszeit hat man in gewohnheitsmäßiger Gedankenlosigkeit, die sich in der Bureaucratie sehr leicht ausbildet, völlig veraltete und schwerfällige Formen der Geschäftsführung übernommen. Die Zahl der höheren Beamten ist überall zu vermindern, die Stellung der mittleren Beamten selbständiger zu gestalten. Darüber hinaus werden manche Arbeitsgebiete eine Einschränkung erfahren müssen. Jede Demagogie würde

sich bitter rächen; wir können heute nur in einfachen und großen Formen verwalten und müssen auf alle Verfeinerung verzichten.

Die öffentliche Kritik hat ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Gemeindeverwaltungen gerichtet. Es ist richtig, daß hier sehr viel im Argen liegt. Aber nach meiner Beobachtung sieht es im Staat und Reich an manchen Stellen noch viel schlimmer aus. Die Gemeindeverwaltung arbeitet wenigstens im Lichte der öffentlichen Kritik. Die Staats- und Reichsbehörden sind — auch eine Folge des Verwaltungszentralismus — der allgemeinen Aufmerksamkeit in viel höherem Grade entrückt, da sie nicht wie bei der Gemeinde einem öffentlichen Kontrollorgan unterstellt sind und das Parlament zum Eindringen in den vielgestaltigen und vielverzweigten Verwaltungsapparat überhaupt nicht in der Lage ist.

Die Beamtengewerkschaften werden hoffentlich an die Lösung der schwierigen Aufgabe, die ihnen jetzt angesichts des Beamtenabbaues erwächst, nicht aus dem Gesichtspunkt des einseitigen Gruppeninteresses herangehen. Soweit ein Personalabbau bisher überhaupt vollzogen wurde, mußten die Angestellten und Arbeiter die Kosten tragen, da ihr Dienstverhältnis jederzeit löslich war. Aus diesen Schichten sind Leute entlassen worden, die in jahre- und jahrzehntelanger Tätigkeit ihrer öffentlichen Körperschaft treu gedient haben. Diese Verhältnisse sind auf die Dauer nicht tragbar. Der geschwächte Wirtschaftskörper des deutschen Volkes kann die schwere und veraltete Verwaltungsrüstung nicht mehr tragen. Der Grundsatz: wenige, aber gut bezahlte Beamte muß zur Durchführung gelangen. Für den öffentlichen Dienst sind die Besten gerade gut genug. Die außerordentlichen Anforderungen, die heute an die Verwaltung herantreten, erfordern in allen Stufen ein qualifiziertes Personal. Daß hier schwere Mißgriffe vorgekommen sind, ganz besonders auch bei der Wahl in leitende Verwaltungsstellen, kann nicht bestritten werden. Die großen Fragenkomplexe der Beamtenauswahl, der Beamtenbildung, des Beamtenrechts und der Beamtenbesoldung werden auch in der Parteidiskussion gründlicher als bisher zu behandeln sein.

Mag sich nun der Beamtenabbau auf der organischen Grundlage einer großzügigen Verwaltungsreform oder, wie leider wahrscheinlicher, auf der schmaleren Basis einer Geschäftsvereinfachung vollziehen: die Umstellung des schwerfälligen Apparates erfordert in jedem Falle ein ungewöhnliches Maß von Energie und wird in sehr viele Interessensphären und liebgewordene Gewohnheiten eingreifen. Erfolg wird die ganze Aktion nur haben, wenn man sich klar ist, was man will und dann das gewollte Ziel konsequent verwirklicht. Viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Die Sozialdemokratie aber sollte dieser für die Festigung der Republik lebenswichtigen Frage mehr Interesse wie bisher entgegenbringen. Mit müder Resignation, die einer Entscheidung in grundsätzlichen Fragen aus dem Wege geht, läßt sich die preußisch-deutsche Verwaltungsreaktion nicht beseitigen, der öffentliche Dienst nicht modernisieren und die Demokratie nicht stabilisieren.

Die sächsische Krise.

Der Standpunkt der Demokraten.

Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Weiterführung der Reichspolitik bestimmte Zusicherungen verlangte und vor allen Dingen gegen die Wiederholung solcher und ähnlicher Vorgänge, wie sie sich bei der militärischen Exekutive gegen Sachsen abgespielt hatten, geschützt sein wollte, wandten sich neben den anderen bürgerlichen Ministern auch die demokratischen Reichsminister gegen diese Forderung. In der Sache mußte freilich die demokratische Reichstagsfraktion und auch die demokratische Presse zugeben, daß die Sozialdemokratie nur Selbstverständliches verlangt habe. Jetzt wird auch von den sächsischen Demokraten in eingehender Darstellung die Richtigkeit unserer Forderungen erneut bestätigt. Der Vorsitzende der demokratischen sächsischen Landtagsfraktion Dr. Seyfert gibt in der „Vossischen Zeitung“ eine Schilderung der sächsischen Verhältnisse, die in dieser Hinsicht interessant ist. Sie würde noch interessanter sein, wenn

Herr Dr. Seyfert sich dazu entschließen könnte, einzugehen, daß die Demokraten seinerzeit einen verhängnisvollen Fehler begingen, als sie wenige Wochen nach dem Aufmarsch Poincarés ohne jede sachliche Veranlassung die Regierung Buda-Pinskis stürzten, weil die Kommunisten es wünschten, trotzdem in dem damals vorliegenden Fall die Regierung verfassungsmäßig absolut korrekt gehandelt hatte und sachlich ihre Haltung auch von den Demokraten anerkannt worden war. Vieles von dem, was Dr. Seyfert und seine Freunde in der Folgezeit als bedauerlich bezeichnen, hätte vermieden werden können, wenn diese parteiegoistische Einstellung die Sozialdemokratie in Sachen nicht zur Verbindung mit den Kommunisten gezwungen hätte. Wichtig an den jetzigen Feststellungen Seyferts ist, daß er genau wie Genosse Dittmann es bereits im „Vorwärts“ festgestellt hat, auch bestätigt muß, daß die Reichsregierung gegen Sachsen vollständig überflüssig gewesen ist. Dadurch wird unser Urteil über die Art des Vorgehens der Reichswehr gegen Sachsen nur noch schärfer unterstrichen. Denn auch Seyfert muß zugeben:

Die sozialistisch-kommunistische Regierung hat in Sachsen nur drei Wochen gedauert. Es ist irrig, anzunehmen, daß das Einschreiten des Reichs, die Aufhebung der sächsischen Regierung durch das Reich unbedingt nötig gewesen wäre, diese Regierung zum Scheitern zu bringen. Der Zerfall war aus inneren Gründen unvermeidlich. Freilich hat das Eingreifen des Reichs doch eine Wirkung in dem Sinne gehabt, daß die inneren Gegensätze schärfer wurden; insofern nämlich, als die verantwortungsbewußteren Teile der Regierung doch erkannten, daß mit dem Eingreifen der Reichswehr eine wesentliche Entspannung im Volke eingetreten ist, während die Radikalen, vor allem die Kommunisten, in Wut entbrannten. Selbst Dr. Feigner war nicht geneigt, die Wutausbrüche der Kommunisten und deren Aufruf zur offenen Empörung gegen das Reich gutzuheißen. Dazu kamen Willkürakte des Finanzministers, die an Straßarbeit grenzen, die zu dessen Feigner nicht mehr bereit gewesen ist.

Auch den bürgerlichen Demokraten sind offenbar Bedenken gekommen, ob das Vorgehen des Reichskommissars verfassungsmäßig einwandfrei gewesen ist. Wenigstens spricht er davon, daß die Frage praktisch dadurch ausgeklüdet sei, daß Feigner selbst zurückgetreten sei. Theoretisch sei die Frage allerdings noch nicht entschieden und müsse auch vom demokratischen Standpunkt aus geklärt werden. Noch deutlicher wird er gegen das militärische Wachparadespiel vom Dresdener Landtag, wenn er schreibt:

„Ganz unzulässig aber erscheint uns dem demokratischen Standpunkte aus der Versuch, auch in die Rechte des Landtages einzugreifen. Der Wehrkreiskommandant hatte für Montag, den 29., eine Sitzung im Landtage verboten und den Landtag besetzen lassen. Bereits am Dienstag früh ist auf persönliche Vorstellung von demokratischer Seite dieses Verbot und die Besetzung aufgehoben worden. Solche Eingriffe müssen auf jeden Fall unterbleiben.“

Die Reichswehr zu beschimpfen ist jetzt ja verboten. Wir meinen aber, daß die Feststellungen Seyferts die schärfste Kritik sind, die an dem Vorgehen der Reichswehr geübt werden kann. Ob sie auf den demokratischen Reichswehrminister Eindruck machen wird, wissen wir nicht.

Fort mit Stresemann!

Vor einigen Tagen stellte das „Berliner Tageblatt“ fest, daß die Angriffe der Rechten nur zum Schein gegen die Sozialdemokraten und den Marxismus gerichtet seien, daß man in Wirklichkeit mit all diesen Angriffen nur die verfassungstreue Mitte treffen wolle. Dieser Angriff wird methodisch und konzentrisch fortgesetzt. In den ersten Tagen nach dem Austritt der Sozialdemokratie wurde Herr Stresemann umworben, die Möglichkeit einer Verbindung mit den Deutschen Nationalen zwischen den Zeilen in Aussicht gestellt. Eine gewisse taktische Reserve war unverkennbar. Nachdem Zentrum und Demokraten aber offen erklärt haben, daß eine solche Verbindung nicht in Betracht kommen könne und die Dinge überhaupt vorläufig noch nicht zu geben, wie die Drahtzieher

der Rechten möchten, wird man deutlicher. Heute erklärt die „Deutsche Tageszeitung“: „Nicht nur der Gedanke der großen Koalition, sondern auch das ganze System einer Politik der Mitte, wie es Herr Dr. Stresemann vertritt, hat zu offensichtlich abgewirtschaftet.“

Immer deutlicher werden die Drohungen. Die Agitatoren und Organisatoren des Bürgerturns empfehlen der Mitteleuropäer und ihnen Platz zu machen. „Letztes Elend und offener Bürgerkrieg sind als wetterchwangere schwere Wolken am Horizont aufgetaucht. Jeder Tag, um in die Entscheidung verzögert wird, über die doch nicht hinwegzukommen ist, kann vernichtende Katastrophen bringen!“

In der Tat, es ist klar, was die Rechte will. Sie will den Kampf! Sie will ihre Diktatur und ihre Herrschaft, sie will die Beseitigung der Weimarer Verfassung, die Beseitigung der Republik. Ihr ist es gleich, was aus Deutschland wird, sie wird mit einem kleinen und zerstückelten Deutschland vorlieb nehmen, wenn dies Deutschland nur wieder zum Land der Junker und Großkapitalisten wird. Heute geht es nicht mehr an, Entscheidungen auszuweichen, heute muß die Regierung die Kraft gewinnen, die Entscheidung in der Auseinandersetzung mit den Reichsverbänden herbeizuführen.

Vergebliche Hoffnung.

Bei der Besprechung der Minderungsanschiebungen und Judenprogrammen, die sich zur Schande Deutschlands gestern in den Berliner Straßen ereigneten, spricht die „Vossische Zeitung“ die Hoffnung aus, „daß die anständigen politisch, rechtsstehenden Kreise mit aller Deutlichkeit die Vorgänge, die sich gestern in Berlin abgespielt haben, verurteilen, damit ihnen der Vorwurf erspart bleibt, für die Verfolgung ihrer politischen Ziele die niedrigsten Instinkte des Straßenvölkchens angerufen zu haben“. Wir sind überzeugt, daß alle anständigen Elemente der Rechten so denken, in der Rechtspraxis kommt das aber nicht zum Ausdruck. Im Gegenteil, bis in die kleinsten drucktechnischen Einzelheiten der Berichterstattung hinein spiegelt die Rechtspresse nur die unverhohlene Befriedigung über diese antisemitischen Pöbeleien wider. Die eigentliche rechtsradikale Presse, von den deutschösterreichischen Heftblättern gar nicht zu reden, tut sogar alles, um durch geeignete Ueberschriften, richtige Auswahl und Bearbeitung der Meldungen noch Del in Feuer zu gießen. Sie bestätigt unsere Auffassung, daß die Reaktionäre für ihren geplanten Vorstoß Judenprogramme mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln begünstigen, die sie zur Entlastungsoffensive zur Unterstützung des bayerischen Vorstoßes gebrauchen.

Amerikanische Hilfsaktion für Deutschland.

Washington, 6. November. (U.) Das Staatsdepartement teilte gestern mit, es rechne damit, daß es in einigen Tagen um seine Erlaubnis zur Bewerkstelligung einer großzügigen Hilfsaktion Americas zugunsten der notleidenden Bevölkerung Deutschlands gebeten werde. Es verlautet, daß Staatssekretär Hoover mit der Organisation des Hilfswerkes beauftragt werde und er es nach denselben Gesichtspunkten wie seinerzeit für die Hilfsaktion für Rußland, ins Werk setzen werde. Amerika werde zum Ankauf von Getreide Kredite vorstrecken und auch beträchtliche Mengen an anderen Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidungsstoffen aufbringen, die von den Angehörigen der amerikanischen „Relief-Organisation“ in Einvernehmen mit der deutschen Regierung zur Verteilung gelangen. Die offizielle Ankündigung der amerikanischen Hilfe wird, dem „New York Herald“ zufolge, in den nächsten Tagen erwartet.

Die demokratische „Nürnberger Morgenpresse“ ist vom Generalstaatskommissar erneut auf drei Wochen verboten worden. Als Grund wird eine Notiz über die Vorbereitungen rechtsradikaler Organisationen an der bayerisch-hüringischen Grenze angeführt, die einer Berliner Korrespondenz entnommen war.

„Elga“ und „Hannele“.

Der zweite Erprobungsabend des Schauspieltheaters ging mehr auf die Wirkung als auf das Werk Gerhart Hauptmanns aus. Man hatte die „Elga“, die Tragödie des ungarischen Othello, ganz zu einer Ballade zusammengedrängt, und man hielt es für gut, auch den Worten der „Hannele“ einen Ueberflus von Zauberei und Verspieltheit zu nehmen. Für die ungarische Ehefrau ließ sich eine solche Kürzung rechtfertigen, „Hannele“ vorer sicher an Schmetz.

Beide Rollen spielten Alice Bergner und Heinrich George gegeneinander. Sie sind verschiedene Naturen: Fräulein Bergner scharfer Intellekt, trotzdem so sehr Herrin ihrer Mittel, daß sie leichte Mittelchen anwenden könnte. Ihr fehlt eigentlich alles Süße und Weibliche, d. h. ihr fehlt jeder Reiz, der unmittelbar zu den Sinnen redet. Gewiß, sie ist angenehm zu betrachten, auch ihre Bewegungen entbehren nicht einer gewissen Zielfestigkeit. Aber alles, was von ihrem Körper spricht, verfliegt ein wenig, sie verbreitet selten um sich die Atmosphäre, in die sich der Zuschauer wie ein Besessener hineinstürzt. Vor allem, es mangelt ihr die letzte, die unbedingt einfließende Melodie. So muß sie Lustwege suchen, kleine Schritte, verlegenes Gestammel, ein Anheben des Kopfes, der plötzlich und traurig oder drüselig und spitzig wieder fallen gelassen wird. Sie muß ihren Rollen immer eine gewisse Schärfe geben. So kommt es, daß sie äußerst besessen über sie wacht. Sie spielt immer mit einer gewissen Ueberbichtigkeit, selten wird sie zur zügellosen Naivität hingerissen. Die Träumerei des „Hannele“, das unfehlige Gottesgeschwätz, die Himmelfahrt, die unterbrochen wird durch ein Zucken der Angst und stierend in düsterer Phantasie, das sind alles Regungen, die aus dem Munde, aus den Augen, aus den Kopfbewegungen und tänzelnder Hand des Fräulein Bergner nur als erzwungene Wirkungen ausstrahlen.

Herr George, in dem ungarischen Eifersuchtspiel zur Grausamkeit, zur nachlässigen Gerechtigkeit und letzten Notwehr gegen sein betrogenes Herz genötigt, ist im Gegensatz zu Frau Bergner ganz ein Schauspieler des Instinkts. Er darf es nicht wagen, seine Mittel als Mittelchen zu gebrauchen. Wenn er sich nicht komödiantisch verhalten, so wird immer ein überflüssig gedrungener und gewulsteter Mensch und ein ewig dröhnender, fast trompetender Gewaltredner auf der Bühne stehen. Es könnte leicht geschehen, daß George einer von jenen Schauspielern wird, die gleich den gewöhnlichen Menschen darum unrecht haben, weil sie schreien. Nun darf zu seinem Lobe gesagt werden, daß er sich eben mit seinen komödiantischen Talenten bündigt. Wenn er als Säuer Wattern vor dem glänzenden Serge des Hannele hinstellt, dann wird wirklich eine ungeheure Willensnatur und Bestialität erschimmert.

Max Hochdorf.

Lust- und Sonnenbehandlung der Säuglinge.

(Aus der Zeitschrift „Mutter und Kind“.)

Fast durchweg kann man beobachten, daß bei freiluft- und sonnenbehandelten Kindern Appetit und Nahrungsaufnahme sich heben. Der Schlaf wird ruhiger. Die Stimmung wird fröhlich. Die Hautfarbe wird frisch und rosa, die Kinder blühen auf. Der Körper, die Spannung der Haut wird besser. Das Kind wird fester, die Muskulatur kräftiger. Erfaulich ist die abhärtende Wirkung. Man wundert sich immer wieder auf neue, wie diese Kinder Abkühlungen und Zugluft ertragen. Die Hauptbedeutung liegt aber in der Verbindung und Behandlung von Erkrankungen. Furunkulose, Wundsein und andere Hautprozesse werden günstig beeinflusst. Freiluft und namentlich Sonne bilden noch neuen Erfahrungen ferner das sicherste Vorbeugungs- und Behandlungsmittel der englischen Krankheit sowie gewisser Formen von Krämpfen. Die so überaus verbreitete Neigung zu Katarren der oberen Luftwege, Schnupfen, Nasentzündung und Brustdrüsenentzündung verschwindet aber geht zum mindesten erheblich zurück. Und gerade bei den Trägern dieser Erkrankung, den „anfälligen“ Säuglingen wird am meisten gefordert. Man führt die Katarre auf Erkältung zurück, packt das Kind immer wärmer ein und beraubt es, in steter Angst und Sorge über neuer Erkältung, vollständig der Zufuhr frischer Luft.

Die Durchführung der Freiluftbehandlung des Säuglings ist im Sommer einfach. Schwieriger gestaltet sie sich im Winter. Aber auch in der rauhen Jahreszeit soll man sie Schrittweise durchführen. Man beginnt damit, den jungen Säugling, wie zum Ausgehen eingepackt, mit Haube und ent. Wärmflasche in kühlem Zimmer stehen zu lassen. Ist er daran gewöhnt, so bringt man ihn im Wagen ins Freie, von Tag zu Tag etwas länger. Nach den Erfahrungen der Kinderärzte sind auch niedrige Außentemperaturen (minus 5 Grad bis minus 10 Grad) nicht bedenklich, allmähliche Gewöhnung und gute Umhüllung vorausgesetzt. Auch empfiehlt es sich, den Säugling im geheizten Zimmer des öfteren (am besten vor jeder Nahrungsaufnahme) eine Viertelstunde nackt strampeln zu lassen. Wer einmal gesehen hat, mit welchem Behagen der von Kleidung und Windeln befreite Säugling seinem natürlichen Bewegungsdrange folgt, wird die Bedeutung dieser Prozedur ohne weiteres gefühlsmäßig als richtig erfassen.

Die Lage auf dem Kunstmarkt. Wie überall in unserer Wirtschaft ist auch auf dem Kunstmarkt eine ganze neue Lage entstanden, die für viele Künstler bereits verwerflich geworden ist. Das „Kunstblatt“ hat nun eine Umfrage bei führenden deutschen Kunsthändlern veranstaltet und veröffentlicht die Antworten im Oktoberheft. Die Fortführung der Ausstellungen ist außerordentlich erschwert. Es ist eine „Kohlenfrage“ geworden, und die Berliner Kunsthändler Goldschmidt und Wallerstein rechnen aus, daß die monatliche Heizung der Ausstellungsräume 40 Dollar kostet, so daß die Durchführung billigerer Arbeiten überhaupt nicht mehr lohnt, weil man dabei nicht auf die Kosten kommt. Bei der fortschreitenden Verarmung werden aber gerade solche verhältnismäßig billigen Dinge das Einzige sein, das auch jetzt noch ein weiteres Publikum finden könnte. Die Sache führt also dazu,

dem Kunsthändler das Experimentieren mit jungen unbekannteren Kräften fast unmöglich zu machen. Er wird immer mehr dazu gezwungen, sich auf Ausstellungen von Künstlern mit großem Namen zu beschränken. Trotz dieser höchst ungünstigen Verhältnisse sind aber die Kunsthändler einmütig der Ansicht, daß die Krise schlechte Rückwirkungen auf das Kunstschaffen nicht haben wird. „Ein echter Künstler wird immer schaffen“, schreibt Karl Nierendorf, „ich kenne solche, die für den Winter zuerst Borräte an Farben, Leinwand usw. besorgen, ehe sie an Kohlen und Lebensmitteln dachten.“ Die Preise, die gezahlt werden, sinken allerdings immer mehr zusammen. „Die Werke lebender Künstler werden heute mit 10 bis 25 Pf. ihrer Friedensmark verkauft“, führt Hugo Götz-Münch aus. „Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß Künstler, welche ihre Preise mit 200 bis 300 Goldmark ansehen, dies restlos für Material ausgeben müssen, wenn sie ein neues Gemälde derselben Größe schaffen wollen.“ Trotzdem sieht auch Götz für die Kunst in dieser Krise die Möglichkeit einer Reinigung: „Rückkehr zur Qualität — Abwehr vom Größenwahn.“

Die Frage ist nur, wie lange die deutschen Künstler die Hungerkur aushalten können, die zu der vom Kunsthandel erhofften „Reinigung“ führen soll. Der kapitalistische Händler hat einen längeren Atem als der schaffende Proletarier.

Waldoerwüstungen im besetzten Gebiet. Schon vor 100 Jahren haben die Franzosen bei der Besetzung des Rheinlandes traurige Spuren hinterlassen, indem sie die Wälder niederschlugen und die Landschaft verwüsteten. In der Eifel wirken die von ihnen verursachten Schäden bis auf den heutigen Tag nach. Alles dies wird aber weit übertroffen durch die Art, wie die Franzosen jetzt im besetzten Gebiet haufen. Wie im „St. Hubertus“ mitgeteilt wird, sollen sie z. B. im Hundsrück grundsätzlich nur die schönsten Stämme, ohne Rücksicht auf irgendwelche Waldpflege zu nehmen. Dort sehen im Schutzbezirk Deuselbach große Bestände von 150 Jahre alten Beständen, die in jahrzehntelanger Blöße aufgespart wurden, um den Bedarf an ganz besonderen Starthölzern decken zu können. Diese Stämme sind durchweg 24 bis 29 Meter lang bei einem Mitteldurchmesser bis 60 Zentimeter und einem Kubinhalt bis zu 7 Festmeter das Stück. Zweidrittel der Länge ist astrein, fernzergerade, gesund, so daß hier ein Material vorhanden ist, wie es selten in Europa vorkommt. Diese Hölzer des deutschen Waldes haben die Franzosen weggeschlagen und auf Lastkraftwagen wegschleppen lassen. Wenn diese französische „Forstpflege“ noch ein paar Jahre weitergeht wie bisher“, bemerkt die genannte Zeitschrift, „dann ist der linksrheinische Wald wiederum auf 100 Jahre vernichtet, das ganze Land klimatisch dazu. Auch sonst hat Frankreich in allen linksrheinischen Forsten schon furchtbar gehaust. Allein im Soenwalde sind über 300 Morgen bester Fichtenbestände abgetrieben worden.“

Rollsbühne G. B. Heber. „Das englische Theater“ spricht Dr. Fritz Hommer am Montag, dem 19., abends 7½ Uhr, in der Aula des Grauen Klosters und eröffnet damit eine Reihe von 5 Vorträgen über das europäische Theater. Eine Anwesenheit künstlerischer Photographien ist in der Hofstraße des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7a von Montag ab montags 9-9 Uhr zu sehen. Eintritt frei.

Kaiserslautern separatistisch.

Kaiserslautern, 6. November. (WZB.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags durchzogen bewaffnete Separatisten in Autos, per Rad und zu Fuß die Stadt und requirierten in verschiedenen Geschäften in der Hauptstraße Lebensmittel. Gegen 1/4 Uhr fand vor dem Bezirksamt die Ausrufung der freien Pfalz als eines Teils der rheinischen Republik statt, wobei der Landwirt Heinz-Orbis, ein Führer der freien Bauernschaft, eine Ansprache an die Sonderbändler hielt. Die zahlreich versammelte Menge antwortete mit Psalmen. Alsdann verlas ein Führer der Sonderbändler eine Proklamation, in der unter anderem mitgeteilt wurde, daß von Delegierten des Bezirks Kaiserslautern wegen der Unruhen, die angeblich am Nachmittage vorgekommen seien, eine Verkehrsperre auf unbestimmte Zeit verhängt würde. Die Sperrung beginnt abends um 7 Uhr und endet morgens um 6 Uhr. Weiterhin sind Zusammenrottungen von mehr als 5 Personen verboten. In einem Anschlage weisen die Separatisten darauf hin, daß sie von der Besatzungsbehörde anerkannt seien. Die Verlautet, ist der hiesige Polizeiwachmann zum Bürgermeister ernannt worden. In den Abendstunden durchzogen die Sonderbändler bewaffnet die Straßen der Stadt und hielten jeden Passanten an.

Kaiserslautern, 6. November. (WZB.) Soeben haben Separatisten in Stärke von etwa 20 Mann das Hauptpostamt besetzt. Der dem Gebäude patrouillierenden Posten mit vorgehaltenem Karabiner, die die Leute auseinandertrieben. Heute morgen gegen 8 Uhr erhielten die Separatisten Verstärkung von 300 Mann. Die Polizei soll bis heute nachmittags eine Erklärung abgeben, ob sie gewillt ist, ihren Dienst unter den Separatisten weiter zu verrichten, andernfalls sie entwaffnet würden.

Unsichere Lage in der Pfalz.

Kaiserslautern, 6. November. (WZB.) Die Meldungen aus den Städten der Pfalz, in denen die Separatisten ihre Aktionen unternommen haben, laufen nur spärlich ein und widersprechen sich zum Teil, so daß das Gesamtbild noch ziemlich unübersichtlich ist. Schon am Sonnabend voriger Woche hatten sich Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß die Separatisten in der Nordpfalz Aktionen planen. Im Bezirk Roggenhausen sammelten sich viele Anhänger aus der Bauern- und Arbeiterenschaft.

Die Unterstellung der Polizei und Gendarmen in Kusel unter französische Befehl wird von der französischen Besatzungsbehörde damit begründet, daß die deutsche Polizei und die Gendarmen eine verbale Feuerdemonstration nicht verhindern hätten.

In Ludwigshafen teilte die französische Bezirksdelegation den maßgebenden Stellen mit, daß eine Verstärkung der deutschen Schutzwehr im Bezirksamt durch auswärtige deutsche Gendarmen und Polizei nicht gestattet werde, ebenso daß das Bezirksamt nur durch die Beamten dieses Amtes bewacht werden dürfe.

In Frankenthal sanken heute nachmittags Erwerbslosen unruhig, die jedoch mit separatistischen Unruhen nichts zu tun haben. Durch einen aus der Menge abgegebenen Schuß wurde ein Polizeibeamter verletzt. — Wie verlautet, macht sich in der freien Bauernschaft der Pfalz eine starke Strömung gegen die separatistischen Bestrebungen ihrer Führer bemerkbar. Dem Vernehmen nach soll beabsichtigt sein, die Führer aus der freien Bauernschaft auszuschließen.

Zur Rückkehr des Kronprinzen.

Englisch-französische Beratungen.

Paris, 6. November. (WZB.) Der englische Botschafter Lord Crewe verhandelte gestern nachmittags mit Poincaré. Nach dem „Petit Parisien“ wurde im Laufe dieser Beratung die Sachverständigenfrage nicht berührt, die Verhandlungen haben sich auf die Lage bezogen, die durch die Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland entstehen könnte. Crewe habe mit Poincaré die Frage geprüft, ob nicht ein gemeinschaftlicher Schritt zu unternehmen sei, um die Schwierigkeiten zu verhindern, die entstehen könnten, wenn der Kronprinz wieder nach seiner Heimat zurückkehre. Außerdem ist im Laufe der Unterredung auch die Frage der separatistischen Bewegung im Rheinland besprochen worden.

Paris, 6. November. Hinsichtlich der gestrigen Demorache des englischen Botschafters in der Frage der Rückkehr des früheren deutschen Kronprinzen nach Deutschland will der „New York Herald“ wissen, daß man die Forderung Englands nach einem Schritt bei der holländischen Regierung in Paris nicht gut verstehen könne, da man die Ursache über die „Antriebe der Hohenzollern“ in Paris nicht so ernst nehme, solange sie sich auf holländischem Boden befänden. Aber, so schreibt das Blatt, sobald man hören würde, daß der Kaiser oder der Kronprinz nach Deutschland zurückgekehrt sei, dann würde sich die Situation sofort ändern. Nicht nur stehe der Kronprinz auf der Liste der Kriegsverbrecher, der vor ein französisches Kriegsgericht zu stellen sei, sondern die Gegenwart eines Hohenzollern bei irgendeinem Anlaß in Deutschland müsse als eine direkte Bedrohung der Sicherheit Frankreichs betrachtet werden. Die französischen Militärbehörden würden kaum verrotten, was sie in einem solchen Falle zu tun gedächten, aber man brauche sich nur an die Schnelligkeit erinnern, mit der Frankreich seinerzeit Frankreich a. R. befehligt habe, als die Sicherheit durch den Kapp-Putsch gefährdet worden sei.

London, 6. November. (WZB.) Der „Daily Mail“ wird aus Beringen gemeldet, daß Generalfeldmarschall von dem persönlich für den deutschen Kronprinzen verantwortlich ist, gestern auf Beringen eintraf und mit dem Kronprinzen eine Unterredung hatte. Sämtliche Fremde, die sich per Schiff nach Beringen begeben, werden auf das strengste bewacht.

Stadtverordnetenwahl.

Änen, 6. November. (WZB.) Die gestrige Stadtverordnetenwahl, die eine Beteiligung von 60 Proz. der Wählermassen aufwies, hat folgendes Ergebnis gehabt:

Gewählt wurden: 11 Vertreter des Zentrums, 8 USPD, Bürgerblock einsch. Demokraten 7, Beamten und Angestellte 2 und Kommunisten 8. Das Stadtverordnetenkollegium setzte sich bisher zusammen aus: 9 Zentrumsmännern, 10 SPD, 3 USPD, je 2 Vertretern der Deutschen Volkspartei und Demokraten, 1 Bürgerbund und 3 Polen.

Die republikanische Presse wird verboten.

Unser Parteiblatt in Stettin, der Stettiner „Volkswacht“, ist zum zweiten Male verboten worden und zwar auf eine Dauer von sieben Tagen. Ueber eine Beschwerde gegen das erste Verbot des „Volkswacht“ hat der Reichswehrminister bis heute noch nicht entschieden, obwohl dieses Verbot und die Beschwerde bereits drei Wochen zurückliegen.

Die Plünderungen und Ueberfälle.

Eine unruhige Nacht. — Schärfste Maßnahmen der Polizei.

Die Unruhen, die gestern im Scheunenviertel begannen, und die, getrieben von deutschpöblischen Hezern, gegen Abend ihren Höhepunkt erreichten, sind während der Nacht leider nicht abgeklungen, sondern haben sich auch auf andere Stadtteile übertragen. Es liegen heute vormittags bei den zuständigen Stellen außerordentlich viele Meldungen über Plünderungen, Diebstähle und Bedrohung von Bürgern auch nichtjudischer Abkunft vor. Die Agitatoren auf den Straßen, die gestern mittags sowohl von deutschpöblischer als auch vereinzelt von kommunistischer Seite betrieben wurde, hat sich in den heutigen Vormittagsstunden noch verstärkt. Aus allen Teilen der Stadt liegen den Aufsichtsbehörden Meldungen vor, die besagen, daß die Heizer von rechts und links versuchen, die Plünderungen, die aus ganz anderen Motiven entstanden sind, in das politische Fahrwasser zu leiten.

Nachdem bereits gestern abend im Preussischen Ministerium des Innern und im Reichsjustizministerium Besprechungen über die Lage stattgefunden haben, wird augenblicklich erneut über den Fortgang der Dinge beraten. An diesen Besprechungen nehmen der Polizeipräsident, der Kommandeur der Schutzpolizei und der Chef der Politischen Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weiß, teil. Wie wir erfahren, ist gestern bereits Anweisung gegeben, der plötzlich entstandenen Bewegung mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten. Infolgedessen hat auch die Polizei alle Maßnahmen ergriffen, um der Plünderungen und der Bedrohung von Bürgern Herr zu werden. Augenblicklich ist im Scheunenviertel nicht nur die zuständige Schutzpolizei aus den angrenzenden Revieren eingesetzt worden, sondern es sind darüber hinaus Hundertschaften bereitgestellt, um eine gründliche Säuberungsaktion vorzunehmen, wenn die bedauerlichen Vorfälle des gestrigen Tages sich wiederholen sollten. Der Kommandeur der Schutzpolizei hat in einem besonderen Erlaß seine Beamten nachdrücklich angewiesen, den Schuß aller Bürger ohne Unterschied der Konfession in der ihnen obliegenden Weise energisch durchzuführen. Sollte die Bewegung auch auf andere Stadtteile übergreifen — es sind bereits entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen —, werden, wie uns mitgeteilt wird, seitens des Ministers des Innern und des Reichspräsidenten besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Im Laufe des gestrigen Abends und der heutigen Nacht sind von der Polizei noch gegen 150 Personen festgenommen und in das Polizeipräsidium eingeliefert worden. Ein großer Teil der Festgenommenen rekrutiert sich übrigens nicht aus den Kreisen der Erwerbslosen, deren Vorgehen allenfalls verständlich wäre, sondern es handelt sich zum großen Teil um halbwüchsige Burschen, die sich in festen Stellungen befinden und die lediglich die gute Gelegenheit zum Plündern auszunutzen beabsichtigen.

Die vergangene Nacht.

Aus der Fülle der Meldungen, die aus allen Stadtteilen Groß-Berlins über Plünderungen und Ueberfälle in der verflochtenen Nacht vorliegen, lassen sich nur einige Stichproben herausgreifen. Die Ueberfallkommandos und Straßen der Schutzpolizei wurden nach unzähligen Stellen alarmiert, um das bedrohte Eigentum von Bürgern zu schützen. Die Plünderungen betrafen fast ausschließlich Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte. So wurde das Ueberfallkommando in den frühen Abendstunden des gestrigen Tages nach der Linienstraße alarmiert, wo ein Tuchladen ausgeplündert worden war. In einem anderen Fall mußte gegen eine Menge eingeschritten werden, die am

Weidenweg 35 die Schaufenster des Warenhauses von Löwenberg ausplünderte. Zwei Täter konnten dabei festgenommen werden. In der Gegend des Schlesiens Bahnhofs, in der Kopenstraße 24, wurden ebenfalls die Schaufenster eines Konfektionsgeschäfts von einer ganzen Rottung junger Burschen zertrümmert und die ausgestellten Anzüge auf die Straße geworfen. Der herbeieilenden Polizei wurde dabei von der Menge so entschieden Widerstand entgegengekehrt, daß die Beamten eine Anzahl von Schreckschüssen abgeben mußten, ehe sie zur Verhaftung von fünf Plünderern schreiten konnten. Im Westen Berlins mußte das Ueberfallkommando in der Rittersbachstraße an der Ecke der Kant- und Wilmersdorfer Straße eingreifen, wo mehrere Autos von einer größeren Menschenmenge angehalten, die Insassen zum Aussteigen gezwungen und dann beraubt worden waren.

Unruhen in Charlottenburg.

Im Westen Berlins ist es heute vormittags an verschiedenen Stellen zu Ansammlungen von Arbeitslosen gekommen, die offenbar auf eine gewisse Plannichtigkeit hindeuten. So bildeten sich im Laufe des Vormittags am Knie, in der Nähe der Lauenhagenstraße, in der Uhlandstraße und am Hohenzollernpark am Zuge von Erwerbslosen, die dem Wittenbergplatz zustrebten. Die Polizei griff überall ein und zerstreute mit Hilfe von Bereitschaftskommandos auf Lastkraftwagen die Ansammlungen. An zahlreichen Stellen kam es auch zu Angriffen auf Geschäfte, doch waren bis zum Schluß dieses Berichtes größere Zwischenfälle nicht zu verzeichnen.

Am heutigen Dienstag früh machten sich im Scheunenviertel und in der Gegend der Markthalle Uferstraße erneute Ansammlungen Erwerbsloser bemerkbar. Die Polizei, die überall Streifen postiert hatte und in Bereitschaftsautos den Schauplatz der gestrigen Tumulte umkreiste, schritt gegen jegliche Ansammlung sofort ein. Zu Zwischenfällen scheint es dabei nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht gekommen zu sein. In den frühen Morgenstunden hat heute übrigens eine Massenflucht von Anwohnern der Münz-, Grenadier- und Dragonerstraße, eingesetzt, weil vielfach eine Wiederholung der gestrigen Krawalle befürchtet wurde und viele es daher vorgezogen, vorläufig zu Verwandten oder Bekannten in ruhigeren Stadtteilen zu ziehen.

Das Polizeipräsidium

teilt mit: Die gestrigen Plünderungen, die an den verschiedensten Stellen der Stadt, insbesondere aber in dem sogenannten Scheunenviertel (Münz-, Dragoner-, Grenadierstraße usw.) stattfanden, haben zur polizeilichen Festnahme von 129 Personen geführt. 81 davon sind von der Abteilung IA des Polizeipräsidiums in Haft gehalten worden. Bei verschiedenen Eingekerkerten wurden geraubte Gegenstände, wie Stiefel und Lebensmittel, gefunden. Bei ihrem Vorgehen gegen die Plünderer hat die Schutzpolizei nur einmal von der Schußwaffe Gebrauch machen müssen, und zwar bei der Plünderung eines Fahrradgeschäftes in der Brunnenstraße. Hierbei wurde ein Mann durch Brustschuß schwer verletzt. Einige andere, an sonstigen Plünderungen beteiligte Personen wurden durch Hiebe mit der blanken Waffe verletzt.

Der Polizeipräsident hat die Polizeiorgane angewiesen, bei etwaigen weiteren Plünderungen und sonstigen Störungen der öffentlichen Sicherheit mit aller Schärfe und unter Anwendung aller verfügbaren Mittel gegen die Ruhestörer vorzugehen.

Fort mit dem Plündergeld!

Ausländische Karikaturisten haben das deutsche Volk schon längst dargelegt, wie es zur Hälfte in Kommissionen tagt, und zur anderen Hälfte — Geld zählt. Dies ist seit dem letzten großen Marksturz in der Tat beinahe zur Wahrheit geworden. Von zahlreichen Seiten erhalten wir Beschränkungen, daß die Betriebe, anstatt endlich in Goßankel zu zahlen, fortzuführen, Löhne und Gehälter in total entwerteten kleinen Noten zu entrichten und ihre Angestellten diesen unnützen Ballast nach Hause zu schleppen und vergebliche Versuche zu machen, ihn wieder los zu werden. Viele Geschäfte weigern sich, Noten unter einer halben Milliarde anzunehmen. Und man kann es ihnen nicht übernehmen, obwohl sie ja gesetzlich dazu verpflichtet sind. Es würde also viel Kraft und Zeit kosten, etwa Werte im Betrage von einem halben oder einen Pfennig in Millionen Scheinen entgegenzunehmen. Es muß daher verlangt werden, daß die größeren Betriebe soviel ökonomische Einsicht aufbringen, daß sie dieses Plündergeld sammeln und in die Reichsbank schaffen, damit es endlich aus dem Verkehr komme und nicht mehr allen Menschen eine Quelle ununterbrochenen Vermögensverlustes werde. Aber in den Kontoren sitzen vielfach kleine Potentaten, die sich eine Freude daraus zu machen scheinen, den Angestellten und Arbeitern diesen Geldplünder immer wieder aufzutreiben. Es haben natürlich eine Ausrede, indem sie behaupten, die Reichsbank wäre nicht verpflichtet, Geldscheine über eine gewisse Höhe hinaus einzuzuwählen.

Wir fragen den Finanzminister an, ob das zutrifft und ersuchen im bejahenden Falle um sofortige Maßnahmen, damit endlich Vorsehrungen zur beschleunigten Einziehung der Banknoten, etwa unter einer halben Milliarde, getroffen werden. Oder sollte der Staat, wie boshafte Leute behaupten, darauf spekulieren, daß ein großer Teil der Noten in den Händen der geprellten Konsumenten bleibt, die es nicht mehr anzubringen wissen?

Ein Telefongespräch 7 1/2 Milliarden.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt jetzt 7 1/2 Milliarden Mark. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben: Bei einer Entfernung bis zu 3 Kilometer 7 1/2 Milliarden, von 5—15 Kilometer 15 Milliarden, von 15—25 Kilometer 22 1/2 Milliarden, von 25 bis 50 Kilometer 45 Milliarden, von 50 bis 100 Kilometer 67 1/2 und darüber für jede angefangene 100 Kilometer 22 1/2 Milliarden Mark mehr. Für dringende Gespräche wird der dreifache Betrag der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Gespräch erhoben.

Im Telegrammverkehr sind ab 5. November folgende Tarife festgesetzt: Die Grundgebühr für ein Ferntelegramm beträgt 12 Milliarden und außerdem für jedes Wort 6 Milliarden Mark mehr. Für Drücktelegramme ist eine Grundgebühr von 6 Milliarden und für jedes weitere Wort 3 Milliarden Mark festgelegt.

5000 Dollar-Schahanweisungen verschwunden.

Der Verbleib von 5000 Schahanweisungen des Deutschen Reiches vom Jahre 1923 beschäftigt die Kriminalpolizei. In dem Neubau der Reichsschuldensverwaltung in der Reichsdruckerei an der Ecke der Oranien- und Altona-Jakobstraße werden die fertiggestellten Schahanweisungen vom Postraum in kleinen Paketen auf Karren nach dem Treppengang gebracht. Die Karren müssen durch verschiedene Gänge laufen, in denen noch Bauarbeiter beschäftigt sind. Jeder Transport dieser Art wird von zwei Beamten ausgeführt. Gestern wurde nun beim Abladen eines Karrens im

Treppengang festgestellt, daß ein Paket mit 1000 Stück 5-Dollar-Schahanweisungen, die zu je 100 Stück gebündelt waren, fehlten. Es sind blaue Scheine mit dem Buchstaben G. und der Nummern 122 021 bis 122 030, ausgefertigt mit den Namen Grunow, die jetzt in den Verkehr gebracht werden sollten. Es ist möglich, daß das Bündel, das mit vielen anderen auf dem Karren zusammengepackt war, in einem Gange heruntergefallen ist, ohne daß die Beamten es merken. Ein paar Zeugen bekunden, sie hätten beobachtet, daß zwei Arbeiter, die eine Treppe, auf der noch Baukutt liegt, heruntergegangen seien, unten Bündelchen aufgenommen und eingesteckt hätten. Diese beiden sind noch nicht ermittelt. Banken und Geschäfte, denen diese Schahanweisungen bei Zahlungen vorgelegt werden, werden ersucht, die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. Für die Ermittlung der Anweisungen und ihre Befreiung ist eine wertvolle Befehlsung ausgeföhrt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Galtow im Zimmer 88 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 115.

Selbstableseung des Stromzählers.

Die Berliner städtischen Elektrizitätswerke verbreiten jetzt keine rote Zettel folgenden Inhalts: „Unser Beamter hat Sie heute nicht angefahren. Wir bitten Sie, nunmehr den Stand des Zählers selbst aufzunehmen und den festgestellten Verbrauch sofort an unsere Kasse zu bezahlen. Andernfalls wird auf den Verbrauch der erhöhte Strompreis in Anrechnung gebracht.“ Es geht also in sehr vielen Fällen auch ohne den Zählbeamten. Damit ist wenigstens schon zum Teil die Forderung des Publikums nach dem Abschaffen der Selbstableseung erfüllt. Diese Forderung ist um so berechtigter, als nunmehr der Strompreis sehr häufig geändert wird und sprunghaft steigt. Man kann also ohne Selbstableseung und anschließende sofortige Bezahlung in einer einzigen Woche einen Verlust von mehreren hundert Milliarden erleiden. Nach immer wird nach der alten Schablone kassiert, ohne Wechseln. Infolgedessen bezahlt ein Teil der Stromverbraucher stets den billigeren, der andere Teil stets den teureren Tagespreis. Die Kasseer erhalten jetzt den Einziehungsauftrag nur für einen Tag, um so leichter kann die Tour gewechselt werden.

Ein Großfeuer kam aus noch unbekannter Ursache gestern abend in der zehnten Stunde in Charlottenburg, Banreuther Straße 39, zum Ausbruch und verursachte erheblichen Schaden. Als der ersten Löschzüge an der Brandstelle, nahe der Kreistasse, eintrafen, schlugen die Flammen schon aus dem Dache des vierstöckigen Mietshauses empor. Der Angriff war infolge der enormen Höhe und der Verqualmung der Treppen sehr erschwert. Es mußten deshalb Schlauchleitungen über mechanische Leitern vorgezogen werden. Erst nach mehrstündigem Wassereinsatz mit mehreren Motorlöchern war das Feuer gelöscht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Mittwoch, den 7. November, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in der Schulstraße 24. Vortrag des Generalsekretärs.
8. Kreis (nicht 29. Abt.). Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Richter, Schwabstr. 22. Tagesordnung: 1. Bericht vom Kreisrat. Referent Herr Otto Weller, W. 2. 2. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
9. Abt. Prenzlauer. Mittwoch, den 7. November, abend 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung in der Reinschule, Dorotheenstr. 129. Vorber. sämtlich um 7 1/2 Uhr, Vorberberberatung.
10. Abt. Johannisthal. Mittwoch 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Göbbin, Rosenthal, 2. Erdgeschoss, Mühlstr.
11. Abt. Friedrichshagen. Heute abend 7 1/2 Uhr Versammlung im Lokal Otto, Riga, Ecke Wilhelmstraße. Referent Herr Gilmann: „Geldflut in Unglücksfällen“.

Heute, Dienstag abend 7 Uhr, in allen Stadtteilen Groß-Berlins **Öffentl. Versammlungen** der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. ♦ ♦ ♦ **Ersteint in Massen!**

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftsring gegen Arbeitszeitgesetz.

Der Vorstand des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Dundersche Richtung) veröffentlicht folgende Erklärung gegen das Arbeitszeitgesetz: Der Vorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände stellt fest, daß der dem Reichstag vorliegende Gesetzesentwurf ohne vorherige Befragung der Gewerkschaften durch die Reichsregierung eingebracht worden ist und lehnt daher die Verantwortung für den Inhalt und die spätere Durchführung des Gesetzes ab. Zu einer Ausschaltung der Gewerkschaften lag um so weniger Anlaß vor, als die Gewerkschaften sich niemals der Notwendigkeit verschlossen haben, volkswirtschaftlich gerechtfertigte Überarbeit unter gewissen Voraussetzungen zu bekräftigen, wie aus dem im Reichswirtschaftsrat abgeschlossenen Kompromiß über die Arbeitszeit der Angestellten hervorgeht. Der Gesetzesentwurf geht über die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gesteckten Grenzen weit hinaus. Er begünstigt nicht mit der tariflichen Regelung, sondern räumt den Aufsichtsbehörden das Recht ein, ohne jede zeitliche Beschränkung Mehrarbeit bis zu zehn Stunden und darüber hinaus anzuordnen. In Verbindung mit den sämtlichen zahlreichen Ausnahmefällen des Entwurfes muß eine solche Generalvollmacht dazu führen, den Zehnstundentag zum normalen Arbeitstag zu machen, ohne die geringste Sicherheit, daß die Mehrarbeit zu einer entsprechenden Steigerung des Einkommens führt. Ohne Erhöhung der Reallohne fehlt aber die Kaufkraft und der Anreiz für die erwartete Mehrproduktion. In einer Zeit, wo infolge der Währungsgerrüttung und des dadurch bedingten Kapitalmangels Stilllegung der Betriebe Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit überhand nehmen, wird die Durchführung des Gesetzes zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen und dazu beitragen, die wirtschaftlichen Schäden des verlorenen Krieges durch weitere Herabdrückung der Lebenshaltung noch mehr als bisher auf die gesamte Arbeitnehmererschaft abzuwälzen. Mit aller Entschiedenheit muß aber das Verlangen der Arbeitgeber zurückgewiesen werden, den Gesetzesentwurf durch Rückkehr zum Zwölfschichtensystem und damit zu einer zwölfstündigen Arbeitszeit noch mehr zu verschärfen. Der Gewerkschaftsring erwirbt demgegenüber vom Reichstag, daß er dem vorliegenden Entwurf seine Zustimmung nicht gibt, ohne zuvor nach die Anrechnung und Bezahlung jeder über acht Stunden hinausgehenden Beschäftigung als Überstunden, die Herabsetzung der Hilfsarbeitszeit auf neun Stunden, die Begrenzung der behördlichen Zulassungen der Mehrarbeitszeit auf 60 Ausnahmefälle unter Anrechnung der nach freier Wahl des Arbeitgebers zulässigen Überstunden, sowie Anrechnung der Fortbildungszulage, die Arbeitszeit sicherzustellen.

Klagen der Straßenbahner.

Von Hohenzollern und Schaffnern der Straßenbahnlinie Neutölln, Treptow, Uckermark und Weissensee geht uns folgendes Schreiben zu: Wir sind seit 20 bis 25 Jahren im Fahrdienst der Berliner Straßenbahn tätig. Nach Bildung der jetzigen neuen Gesellschaft bei der Straßenbahn vor einigen Wochen wurden uns Bedingungen zur Unterzeichnung vorgelegt, die wir, in Anbetracht der großen Notlage, in welcher wir uns schon zu dieser Zeit befanden, gezwungen waren, zu unterschreiben. Seit dieser Zeit, seit also jetzt 4 bis 6 Wochen, haben wir jeden Tag eine Dienstdauer von 10 bis 11 Stunden. Nicht eingerechnet ist hierin die Zeit, die man braucht, um die einzelnen und nur noch in gewissen Stadtteilen fahrenden Wagen abzulösen, sowie der Rückweg zum Bahnhof. Dies nimmt auch noch eine gute Stunde in Anspruch, dann erfolgt für die Schaffner die Abrechnung der Tageslöhne, die bei dem heutigen Papiergeldrummel auch noch eine Stunde dauert. Hieraus ergibt sich, daß wir fast jeden Tag 10 bis 12 Stunden Dienst haben, von denen jedoch nur 8 Stunden bezahlt werden. Run der Lohn für diese Arbeit, für die Woche vom 29. Oktober bis 4. November 1923 wurden an Lohn für einen Familienvater gezahlt:

am 30. Oktober	47 Milliarden	= 47 Pf.
am 2. November	125	= 125 "
zusammen 172 Milliarden = 172 Pf.		

Für diesen Hungerlohn müssen wir eine ganze Woche arbeiten. Die täglichen Einnahmen eines Schaffners, hauptsächlich in den letzten Tagen, bewegen sich fast durchweg in der Höhe von 1 bis 3 Billionen Mark. Gleichgültig haben wir uns schriftlich verpflichtet, jede Arbeit zu leisten, die verlangt wird, so als Weichensteller, Schienenführer, Wagenführer usw. Kollegen, die 25 Jahre lang in Sturm und Wetter als Fahrer oder Schaffner ihren Dienst getreu erfüllt haben, sind auf einmal dienstuntauglich und werden mit derartigen Arbeiten beschäftigt. Wer eine der vorgenannten Arbeiten verrichtet, fällt bei diesem Hungerlohn

noch eine Stufe tiefer; ihm werden täglich 2 Milliarden abgezogen, so daß in der vorigen Woche derartige Arbeiter mit 158 Milliarden bezahlt wurden. Die Fälle mehren sich von Tag zu Tag, daß Kollegen von uns, vom Hunger gequält, auf dem Wagen zusammenbrechen. Auf den Bahnhöfen spielen sich bei jeder Gehaltszahlung herzzerreißende Szenen ab, wenn unsere hungernden und notdürftig angezogenen Frauen erfahren, wieviel Geld für die Woche zum Lebensunterhalt von der Direktion gezahlt wird. Wir haben es bisher stets für unsere Pflicht gehalten, unsere kämpfenden Brüder in jeder Beziehung zu unterstützen. Darum richten wir jetzt auch an Sie die Bitte, uns in unserem Kampf ums tägliche Brot zu unterstützen, damit wir nicht ganz der Hungersnot zum Opfer fallen.

Lohnverhandlungen im Berliner Baugewerbe.

Im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe wurde gestern über die Festsetzung werbeständiger Löhne verhandelt. Die Arbeitnehmer fordern, daß die 200 Millionen Reichsmark der Vormoche gezahlt werden sollen. Die erste Forderung wurde abgelehnt. Zu der Einführung werbeständiger Löhne erklären die Unternehmer, im Hinblick auf die nach geltenden Papiergeldverträge müsse erst mit den Behörden Rücksprache gepflegt werden, was morgen geschehen soll, worauf am Donnerstag die Verhandlungen über diese Frage fortgeführt werden.

Die Lohnwoche geht fort bis Mittwoch früh bis Dienstag abend; der Freitag ist Feiertag. Zur Behebung der augenblicklichen Notlage wird für die Tage vom Sonnabend, den 3., bis Dienstag, den 6. November, der sechsfache Stundenlohn der Vormoche gezahlt, der mithin für Facharbeiter 84 Milliarden beträgt. Ebenso tritt für alle übrigen Kategorien und Positionen einschließlich der Polierer, der Zeichner und der Werkzeugenschäbungen eine Erhöhung um das Sechsfache ein. Morgen, Mittwoch, wird ein Versuch von 700 Milliarden gemacht, der Rest am Freitag.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände.

Geschäftshaber der APD.

Kasernenhofpraxis und Kapadovergessen scheinen sich bei den Kommunisten systematisch breit zu machen. Einer Reihe von Gewerkschaftsfunktionären der Nahrungsmittelindustrie ist folgende Order zugegangen:

Parteiheiß!

Am Donnerstag, den 18. 10., abends 7 Uhr, findet in Boesers Festsaal, Weberstraße 17, eine wichtige Versammlung von Vertretern aus dem Betriebe der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie statt, zu der Du hiermit zum Erscheinen verpflichtet wirst. Die Versammlung beginnt pünktlich 7 Uhr abends. Mit Parteigrüß

A. M. B. Riegel.

Bei Verhinderung ist ein zuverlässiger Genosse als Vertreter zu entsenden.

Wer ist Riegel? Doch der Mann aus dem Bäcker- und Konditorenbereich ausgeschlossen wurde wegen Verleumdung und Verbandschädigung, mag ihn bei den Kommunisten als Wärtcher erscheinen lassen. Allein der Mann hat auch sonst wiederholt „moralischen Zusammenbruch“ erlitten. Schon als er aus Danzig nach Berlin kam, hielt er dort den ersten Zusammenbruch durch. Als Riegel 1921 in Moskau war, widerfuhr ihm gemelner Verbandsbruch durch einen kommunistischen Kollegen. Der Streit wurde in der Konsumbäckerei ausgetragen, wobei sein Meißel einleg Messerstück bekam, so daß beide entlassen werden mußten. Auch nach diesem Zusammenbruch wurde R. wieder aufgelesen. Er wollte sich erkenntlich zeigen durch den Austritt aus seiner Partei, doch wurde dieses „Opfer“ entrichtet zurückgewiesen. Der Genosse Hegel, der den Riegel immer wieder stützte, wird jetzt wiederum von ihm verdrängt und verleumdet. Riegel ist somit seinem früheren Nebenbuhler, trotzdem beide auch für ideal orientierte Kommunisten moralisch erlebte waren, in kommunistischen Institutionen angesetzt, zur Aktion unter den Arbeitern der Nahrungsmittelindustrie, insbesondere gegen den Verband der Bäcker und Konditoren. Diejenigen Arbeiter, die den Befehlen solcher Befehlshaber nachkommen, sind ob ihrer Begriffe von Freiheit und persönlicher Würde tief zu bedauern.

Für die Transportarbeiter im Buchhandel beträgt die Lohnzulage für die Vormoche 350 Proz. Kucher der Restzahlung ist sofort ein Wochenlohn plus 25 Proz. a Konto für die Woche vom 3. bis 11. November zu zahlen. Die Branchenleitung.

Der Thyssen-Konzern kündigt. Wie der „Generalanzeiger“ von Wesel meldet, hat der gesamte Thyssen-Konzern zum 10. November allen Arbeitern und Angestellten gekündigt, weil seine Betriebsmittel zur Auszahlung der Löhne und Gehälter mehr vorhanden seien. Vom 11. November ab fallen die Betroffenen der staatlichen Erwerbslosenfürsorge zur Last.

Deutscher Gewerkschaftsverband, Zentrum 1. Morgen (Mittwoch) abends 7 bis 9 Uhr Ortsklubabend in den bekannten Schließeln.

Wirtschaft

Braunkohlenbergbau, Arbeitszeit und Refektorien.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: In der Abendnummer vom 1. November der „Berliner Börsenzeitung“ legt der Braunkohlenindustrielle Platzeck ein Wirtschaftsprogramm auseinander, das Deutschlands Not beenden soll. Die nächste Abendnummer derselben Zeitung gibt dazu einen Kommentar durch W. Junf. Wir werden mit den üblichen Schmeicheleien „Panaiter“, „Menschheitsbeglückter“ abgetan. Auch das Lied hörten wir schon, daß nur noch „Ausruhen des Volkes zur Arbeit“ und der zehnstündige Arbeitstag die deutsche Wirtschaftsmaschine wieder in Gang bringen könne. Doch aber ausgerechnet ein Vertreter der Braunkohlenindustrie sich anmacht, uns die Verantwortung dafür in die Schuhe zu schieben, daß die Fabriken stillstehen, der Export aufhört, das Volk hungert und friert und sich das Recht anmacht, die Wiederbelebung der Produktion von den Knochen des hungernden Arbeiters zu fordern, so ist das „Harter Tobat“.

Wir hätten den Herren folgendes vor Augen. Mit dem Jahre 1917, das für den deutschen Arbeiter den Beginn des Hungers bedeutete, begann für die Braunkohleindustriellen ein Aufstieg ohne Gleichen. Es setzte mit diesem Jahre ein Wettbewerb zwischen den Braunkohlen-Bergbaukonzernen um die Kohlenfelder ein, der in der Geschichte des deutschen Bergbaus überhaupt unerreicht ist. Mit dem Erfolg, daß heute ganz Mitteldeutschland, soweit das Kohlenabbaurecht Recht des Grundeigentümers ist, unter die Konzernne so gut wie aufgeteilt ist. Gesellschaften, die noch bis zum Kriegsende ein bescheidenes „Wachsen-im-Überdogenen“ Dasein führten, vergrößerten ihren Feldbesitz durch Kaufverträge mit den Grundbesitzern um das 100fache ihres Standes, den sie bei Kriegsbeginn hatten. Diese Käufe sowie die Abtragung der erwerbenden Felder zur Feststellung des Kohleninhalts bildeten alljährlich einen namhaften Bruchteil des Staats. In diesen Ausgaben verschwanden alljährlich die Riesengewinne der Konzernne. Hierbei handelt es sich durchaus nicht um Neuaufbau produktiver Anlagen, etwa neuer Kraftfabriken, welche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen hätten, sondern lediglich um rein spekulative Unterbringung der Riesengewinne. Nicht der Aktionär noch weniger der Arbeiter spürte etwas von diesen Riesengewinnen. Im Gegenteil: gegen den Arbeiter wurde in dieser Zeit mit dem steten Hinweis auf Reparationslasten, Kriegsschulden der Großindustrie ein heftiger Tarifkampf geführt. Der Verfall der Währung erschütterte es den Arbeitgebern, den Verdienst des Arbeiters immer weiter zu kürzen. Was aber wuchs, war die wirtschaftliche Macht der Konzernne, gestärkt durch Trustbildungen in einem Umfang, wie sie Mitteleuropa vor dem Kriege und während des Krieges nicht kannte.

Heute aber sehen wir folgendes: Die Konzernne haben für ständige Rücklagen nicht gesorgt. Sie wußten ja, als Rohle erzeugende Industrie sind sie stets lebensnotwendige Organismen des Staatskörpers. Sie brauchten um ihre Existenz nicht besorgt zu sein, wenn sie ihre Gewinne in spekulativen Feldbesitzungen unterbrachten, deren Objekte unbeweglich sind, wo sie nur für Bergbau-gesellschaften Wert darstellen. Jetzt erheben sie, weil der Absatz der Braunkohle an ihren unmöglichen Preisen stößt, staatliche Hilfe, Erlass der Kohlensteuer und fordern von den Knochen des Arbeiters erhöhte Leistungen! Wäre ihnen die Antwort werden, die sie verdienen.

Die Lederpreise der Eisen- und Stahlindustrie, die den gesamten Verbrauch ungeheuerlich belasten, und die rigorosen Zahlungsbedingungen werden jetzt selbst den Eisenhändlern zu bunt. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, hat die wirtschaftliche Vereinigung der Eisenhändler Deutschlands in ihrer jüngsten außerordentlichen Mitgliederversammlung eine einstimmige Entschlieung gefaßt, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die derzeitigen Beschlüsse des Richtpreisausschusses des Deutschen Stahlbundes mit den Lebensnotwendigkeiten des Handels und seiner Abnehmer nicht durchführbar und nicht erträglich. Die Vereinigung sei nicht mehr länger in der Lage, die Verantwortung für die Beschlüsse des Richtpreisausschusses mitzutragen. Sie halte daher ihre Mitglieder an die Beschlüsse des Richtpreisausschusses nicht mehr gebunden. Im Laufe der Hauptversammlung des Deutschen Stahlbundes erklärte der Sprecher der Wirtschaftlichen Vereinigung den Austritt aus dem Richtpreisausschuss des Deutschen Stahlbundes bis nach der Einführung eines werbeständigen Zahlungsmittels.

Verantwortlich für Politik: Graf Kauter; Wirtschaft: Ernst Selmerus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schlemmer; Lokales und Sonstiges: Felix Karst; Anzeigen: H. Glöck; Amtlich in Berlin. Verlag: Formwirts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formwirts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 6. Lindenstraße 8.

Gold-, Silber-, Platin- und Brillanten
Zahngelbisse zahlst unüberbortbare Preise
R. Feiske,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Juwelinge
direkt ab Fabrik an Privat
Schneider, Sohn
Französischer Str. 15
1. d. Friedrichstr.

Alte Zahngelbisse
von 100 Millionen bis 2 Billionen
Dentoprazol, Objektive, Prismen, Brillen,
Feldstecher werden bestmöglichst gerichtet
max Sklyin, SW. Friedrichstr. 24 (Laden)

Marken-Zigaretten
Tabak u. Zigarren
Gorbary, Hainpau,
Constantia, Karmirny,
Avramikos, Murati, abt ab unt. Tagespr.
Arno Geßner, Tabakwaren-
Großhandlg.
Wertzstr. 21. Teleph. Moabit 2114.
Ungeheuer billigt!
Kleiner Preis und alle Lebens-
mittel und Bedarfs-
artikel. Keine Auslagen in „Furth“ sind

Alte Gebisse
auch zerbrochene, pro
Jahr 100 Millionen
bis zwei Billionen.
Gold-, Double-
Silberdruck tauf!
Jahrgang!
B. Zymelski,
Weihenburgerstr. 33

Erich Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kauft Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelbisse
BERLIN Gutzkowskystr. 13

Wertbeständige Anlage:

Die Zahlung kann in Papiermark, umgerechnet zum Tageskurs, erfolgen. Bei Zahlung in Goldanleihe, Rentenmark oder Berliner Stadtgeld 5 % Rabatt.

Herrn-Schuhe: Sport- u. Wanderschuh, 5 Dergelbe mit angeschlossenem Wasserschuhe, beson- ders gute Karieder mit Doppelsohle 10 Echt Rindbox 5	Kinderstiefel: 20-22 1.80, 22-24 2.70, 25-30 2.80, 30-32 3.50 Kameelhaarstiefel: in groß. Auswahl 2.-, 2.50, 3.-, Attentautschuhe: die große Mode, in grau, schwarz und braun 3.50	Halbschuhe: Echt Boxhall mod. Form. 6, 4 (Friedenspreis 6-8 M.) Chromleder u. Halbschwarz moderne Form 3 Chromleder moderne Form, 33-37, 2
--	--	---

Trotzdem die Preise für fast alle Waren den Friedensstand überschritten haben, billigen wir der Berliner Bevölkerung doch eine Reihe billiger Angebote, welche sich z. F. weit unter dem Friedenspreis bewegen. Selbstverständlich nehmen wir nach wie vor Papiermark in Zahlung. Sehen Sie sich unsere 13 Schaufenster und die billigen Preise bei guter Ware an. Beachtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Original-Goodyear-Well, 10 1/2
echt Chevreaux, sehr gutes Fabrikat,
mod. Nr. Form. (Friedenspr. 14,- - 18 M.) 12

Berühmte Weltmarke Leander sowie andere erstklass. Fabrikate Original-Goodyear-Well in den neuesten Formen bei uns billig! Halbschuhe u. Stiefel, Lack braun u. schwarz

Groß-Detail

Schuh-Lokal

Münzstr. 25
Untergrundbahn Alexanderplatz
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

An Wiederverkäufer kein Verkauf!

Die neuesten Modeschöpfungen mit 1, 2 oder 3 Spannen sowie Pumps u. Sandalet in schwarz, braun, Lack, Brokat u. Sämschleder in gr. Auswahl sehr elegant, doch billig u. gutes Material!

Eleg. Pumps mit Louis XV. Absatz (Friedenspreis 7 Mark) 4.-